



Antwort des Staatsrats auf einen parlamentarischen Vorstoss

Anfrage 2024-GC-181

Kosten der Mobilisierung von Studierenden für einen Waffenstillstand in Palästina: Kann der Staatsrat nähere Angaben machen?

Urheberin:	Menétrey Lucie
Anzahl Mitunterzeichner/innen:	0
Einreichung:	19.07.2024
Begründung:	---
Überweisung an den Staatsrat:	19.07.2024
Antwort des Staatsrats:	24.09.2024

I. Anfrage

In seiner Antwort auf die Anfrage 2024-GC-116 gibt der Staatsrat an, dass der geschätzte Aufwand im Zusammenhang mit der Mobilisierung der Studierenden an der Universität Freiburg für einen Waffenstillstand in Palästina «zwischen 100 000 und 200 000 Franken, womöglich sogar darüber» liegen dürfte. Diese Kostenspanne erscheint relativ hoch und vage. Sie ruft daher nach mehr Transparenz und einigen Präzisierungen.

Zur Erinnerung: Die Mobilisierung, die am Montag, dem 13. Mai 2024, begann, stellte in keiner Weise eine Besetzung dar. Die Demonstrierenden haben die Universität verlassen, als diese geschlossen wurde. Die Aktion der Studierenden dauerte mehrere Tage, jedoch nur während der Öffnungszeiten des PER21-Gebäudes, und diente der friedlichen Sichtbarmachung des Massakers, das in Gaza bis heute andauert. Die Eingangshalle des Pérolles-Hauptgebäudes PER21 wurde zwar stärker in Beschlag genommen, aber die Aktivitäten, die dort stattfanden, gingen kaum über das hinaus, was üblicherweise in der Universitätshalle, einem Aufenthalts- und Begegnungsort für Studierende, geschieht. Im Übrigen wurde der Betrieb nicht behindert und die Universität konnte «ihren Auftrag ohne Unterbruch erfüllen», wie dies der Staatsrat festgestellt hat.

Zu den in der obgenannten Antwort erwähnten Kosten sollten nun einige genauere Angaben gemacht werden, insbesondere durch die Beantwortung folgender Fragen:

1. Kann der Staatsrat seine Schätzung präziser und transparenter begründen als in seiner ersten Antwort? Inwiefern waren der Infrastrukturdienst, der Rechtsdienst und die erweiterte Universitätsleitung so stark betroffen, dass sie ihre üblichen Aufgaben nicht wahrnehmen konnten? Um wie viele Überstunden geht es?
2. War der Einsatz der Ressourcen, vor allem die Einstellung von Sicherheitspersonal, aussergewöhnlich? Die Frage stellt sich insbesondere im Hinblick auf die Anwesenheit von Sicherheitspersonal an den verschiedenen Standorten während der Öffnungszeiten der Bibliotheken am Wochenende während der gesamten akademischen Zeit. Wurden diese üblichen Kosten in dem vom Staatsrat genannten Betrag ebenfalls berücksichtigt?

3. Waren die eingesetzten Ressourcen, insbesondere für die Einstellung von Sicherheitspersonal, unverhältnismässig? War die tägliche Präsenz der Polizei vor Ort notwendig? Lässt sich daraus schlussfolgern, dass die Reaktion auf die Mobilisierung letztlich teurer war als die Mobilisierung selbst?

II. Antwort des Staatsrats

Einleitend sollte daran erinnert werden, dass es sich bei der Mobilisierung, von der hier die Rede ist, nicht um eine einfache und friedliche Aktivität von Studierenden handelte, die mit anderen vergleichbar wäre. Die Universitätsleitung sah sich mit der vorsätzlichen und unangekündigten Besetzung eines ihrer Hauptgebäude durch eine gut organisierte Bewegung von etwa 100 Personen konfrontiert, von denen viele nicht zur Universitätsgemeinschaft gehörten. Diese Bewegung war anonym, deutete von vornherein an, dass sie dies bleiben wolle, und stellte öffentlich aus hochschulpolitischer Sicht höchst problematische Forderungen wie etwa die Ankündigung, die Besetzung aufrechtzuerhalten, bis das Rektorat den Forderungen der Bewegung nachgibt. Ähnliche Forderungen wurden auch an die anderen betroffenen Hochschulen gerichtet, und die Situation wurde von den Medien aufmerksam verfolgt. Diese Aspekte, die weniger sichtbar sind als jene, die direkt mit der Besetzung der Räumlichkeiten zusammenhängen, haben in diesem Zeitraum selbstverständlich ebenfalls zu einer hohen Arbeitsbelastung geführt.

Die Aktion fiel also definitiv aus dem Rahmen dessen, was normalerweise in der Eingangshalle einer Universität passiert. Es handelte sich um eine Besetzung durch eine unbekannte, organisierte und fordernde Bewegung, was alle obengenannten Stellen in Alarmzustand versetzte, der mit fortschreitender Entwicklung der Situation in einen Zustand erhöhter Wachsamkeit überging. Alarmzustand und Wachsamkeit sind naturgemäss zeitraubende Zustände, was den grossen zeitlichen Aufwand erklärt, der für die Bewältigung dieser Krise aufgewendet werden musste.

Die Situation hätte leicht eskalieren können, vor allem, wenn noch mehr Menschen dazugekommen wären. In mehreren anderen Kantonen war eine Zwangsräumung nötig. Folglich wäre jede andere Reaktion der Universitätsleitung auf eine solche Situation unverantwortlich gewesen. Die Universität ist verpflichtet, alle Massnahmen zu treffen, damit sie ihren gesetzlichen Auftrag erfüllen und den reibungslosen Universitätsbetrieb sowie die Sicherheit ihrer Nutzerinnen und Nutzer gewährleisten kann.

1. *Kann der Staatsrat seine Schätzung präziser und transparenter begründen als in seiner ersten Antwort? Inwiefern waren der Infrastrukturdienst, der Rechtsdienst und die erweiterte Universitätsleitung so stark betroffen, dass sie ihre üblichen Aufgaben nicht wahrnehmen konnten? Um wie viele Überstunden geht es?*

Die angegebene Spanne (zwischen 100 000 und 200 000 Franken) war bewusst weit gefasst. Es ist unmöglich, im Nachhinein die genaue Zeit zu rekonstruieren, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Universität für die Bewältigung der Krise aufgewendet haben und diese in Relation zu der Zeit zu setzen, die sie für ihre üblichen Aufgaben aufgewendet haben, wobei letztere ebenfalls durch die Besetzung gestört waren. Wie in der ursprünglichen Antwort erwähnt, handelt es sich bei diesen geschätzten Ausgaben im Wesentlichen um Opportunitätskosten, d. h. um Kosten für Aufgaben, die nicht erfüllt werden konnten und zu einem späteren Zeitpunkt aufgeholt werden mussten. Die Universitätsleitung schätzt, dass über die gesamte Aktion rund 20 Mitarbeitende mobilisiert wurden, in unterschiedlichem Ausmass, mit einer Gesamtarbeitszeit von 900 bis 1300 Stunden und einem theoretischen Stundensatz von 90 bis 145 Franken, je nach Funktion und

Lohnklasse, inklusive Sozialabgaben. Wenn man die in Rechnung gestellten Kosten hinzurechnet, insbesondere für externes Sicherheitspersonal (siehe Frage 2 unten), kann die Spanne von 100 000 bis 200 000 Franken bestätigt werden.

2. *War der Einsatz der Ressourcen, vor allem für die Einstellung von Sicherheitspersonal, aussergewöhnlich? Die Frage stellt sich insbesondere im Hinblick auf die Anwesenheit von Sicherheitspersonal an den verschiedenen Standorten während der Öffnungszeiten der Bibliotheken am Wochenende während der gesamten akademischen Zeit. Wurden diese üblichen Kosten in dem vom Staatsrat genannten Betrag ebenfalls berücksichtigt?*

Aus den in der Antwort auf Frage 1 oben genannten Gründen hat die Universität, insbesondere auf Ersuchen der Kantonspolizei, eine grössere Anzahl externer Sicherheitskräfte eingestellt. Damit sollten mögliche Ausschreitungen verhindert werden, die vor allem zu Beginn der Besetzung nicht auszuschliessen waren. So gesehen waren die eingesetzten Ressourcen durchaus aussergewöhnlich, und die daraus resultierenden aussergewöhnlichen Kosten wurden im von Staatsrat genannten Betrag berücksichtigt.

3. *Waren die eingesetzten Ressourcen, insbesondere für die Einstellung von Sicherheitspersonal, unverhältnismässig? War die tägliche Präsenz der Polizei vor Ort notwendig? Lässt sich daraus schlussfolgern, dass die Reaktion auf die Mobilisierung letztlich teurer war als die Mobilisierung selbst?*

Die mobilisierten Ressourcen waren nicht unverhältnismässig. Aufgrund der knappen Datenlage am 13. Mai 2024 und konfrontiert mit einer organisierten, unbekanntem, bewusst anonymen und fordernden Bewegung hatte die Universität keine andere Wahl, als das gewählte Dispositiv in Absprache mit der BKAD und mit der Kantonspolizei umzusetzen.

Der Staatsrat erinnert daran, dass die Hauptaufgabe der Universität darin besteht, eine Hochschulausbildung anzubieten und durch Forschung zur Erweiterung wissenschaftlicher Erkenntnisse beizutragen, und nicht darin, Besetzungen wie im Mai und Juni dieses Jahres zu bewältigen. Mitten in der Prüfungszeit bestand die Hauptaufgabe des Rektorats der Universität darin, angemessene Studien- und Arbeitsbedingungen für ihre Studierenden und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewährleisten. Es ist sehr bedauerlich, dass die Protestierenden, insbesondere diejenigen, die an der Universität Freiburg immatrikuliert sind, sich dafür entschieden haben, ein Universitätsgebäude zu besetzen, anstatt die Kultur eines konstruktiven Dialogs zu bevorzugen, die die Universität seit jeher pflegt.

Schliesslich führte diese Situation für einige Mitarbeitende, die unfreiwillig in die Krise hineingezogen wurden, nicht nur zu einer massiven Arbeitsüberlastung, sondern auch zu Stress oder gar Angst angesichts einer beunruhigenden Situation, mit der sie sich im Rahmen ihrer Tätigkeit nicht auseinandersetzen sollten. Sie verdienen deshalb unsere Anerkennung.